

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

GZ • BKA-350.712/0004-I/4/2017
BEARBEITER • HERR DR. ALEXANDER KLINGENBRUNNER
PERS. E-MAIL • ALEXANDER.KLINGENBRUNNER@BKA.GV.AT
TELEFON • +43 1 53115-202345

An den
Ausschuss für Petitionen und
Bürgerinitiativen
des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

Wien, 15. Mai 2017

103/PET Erhalt des Status Welterbe für das historische Zentrum von Wien

Zu der im Betreff genannten Petition übermittelt das Bundeskanzleramt folgende Stellungnahme:

Das Bundeskanzleramt steht im Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen in der Welterbestätte „Historisches Zentrum Wien“ in engem Kontakt mit den Verantwortlichen der Stadt Wien wie auch mit dem Welterbezentrums der UNESCO. Die von der UNESCO geforderten Zustandsberichte zum Historischen Zentrum Wien wurden übermittelt. Eine offizielle Stellungnahme seitens des Welterbezentrums in Paris liegt derzeit noch nicht vor.

Die Entwicklung im Historischen Zentrum Wien wird in der kommenden Sitzung des Welterbe-Komitees Anfang Juli in Krakau diskutiert und ein auf den Diskussionsergebnissen basierender Beschluss gefasst werden. Seitens des Bundeskanzleramtes wurde die Stadt Wien im Rahmen von Arbeitsgesprächen wiederholt darauf hingewiesen, dass dabei nach aktuellem Planungsstand eine Eintragung in die Liste des Gefährdeten Welterbes („Rote Liste“) sehr wahrscheinlich sein wird und in der Folge mit einer Streichung von der Liste des Welterbes (spätestens nach Baubeginn) zu rechnen ist.

Da die bau- und raumordnungsrechtlichen Kompetenzen jedoch nicht auf Bundesebene, sondern beim Bundesland bzw. bei der Stadt Wien liegen, ist das Bundeskanzleramt lediglich in beratender und vermittelnder Funktion tätig. Diese Rolle wird intensiv genutzt: So wurde über die regelmäßig stattfindenden Arbeitsgespräche hinaus wiederholt der Kontakt zwischen dem Welterbezentrum und den Verantwortlichen der Stadt Wien hergestellt, um den Dialog zwischen den zuständigen Stellen der Stadt Wien und der UNESCO zu stärken und einen direkten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Für den Bundesminister:
Dr. KLINGENBRUNNER